



## **Nationalismus und Minderheiten im Deutschen Reich 1871–1880 unter Berücksichtigung der Rolle Bismarcks**

**Marcel Amoser**

Kerngebiet: Neuzeit

eingereicht bei: Dr. M.A. Michael Müller

eingereicht im Semester: WS 2009/10

Rubrik: Seminararbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

### **Abstract**

#### **Nationalism and minorities in the bismarck-empire**

The following paper deals with the situation of minorities in Germany under Bismarck. It analyses the political treatment of Polish, French, Danes and Jews between 1871 and 1890, under the banner of nationalism and in the context of social and economic trends. Furthermore, the living conditions of these groups will be compared. Also, Bismarck's role towards nationalism and the political treatment of the respective minorities will be analysed in this paper.

### **Einleitung**

Das Deutsche Reich in den Grenzen von 1871 stellte für viele die Realisierung des lang ersehnten deutschen Nationalstaates dar. Gleichzeitig entstanden jedoch neue Problemkomplexe. So umfassten die Grenzen des Deutschen Reiches von 1871

viele ethnische Minderheiten, die für zahlreiche Zeitgenossen, gemäß eines volksnationalen Verständnisses und dem daraus resultierenden Ideal der ethnischen Homogenität innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches, als Fremdkörper angesehen wurden. Somit wurde die Genese des Deutschen Reiches nur als eine Etappe empfunden mit dem Endziel eines ethnisch homogenen Staates. Dieses Nationsverständnis stand in Konkurrenz zu einer, die ethnischen Kategorien überwindenden bzw. nicht als zwingendes nationskonsolidierendes Element begreifenden staatsbürgerlich definierten, Auffassung der Mitgliedschaft des Nationalstaates. Gemäß dem volksnationalen Verständnis konstituierten sich die „in groups“ entlang ethnischer Grenzen, wodurch diejenigen Bevölkerungsteile, die diesen Integrationskriterien nicht entsprachen, als „out groups“ stigmatisiert wurden.<sup>1</sup>

Somit entstand innerhalb des Deutschen Reiches Konfliktpotential zwischen den Minderheiten und den sich als Deutsche definierenden nationalen Bevölkerungsteilen. Die Kulminierung dieses, dem Reich immanenten, Konfliktpotentials in der staatlichen Minderheitenpolitik wird Thema der folgenden Erläuterungen sein. Ziel wird dabei nicht sein, die Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerungsmehrheit gegenüber der Minderheit bis zum Ende des Deutschen Kaiserreiches durchzuexerzieren, sondern eine Analyse der Minderheitensituationen von 1871 bis zur Entlassung des Reichskanzlers Otto von Bismarck im Jahre 1890. So wird im Folgenden nacheinander die Minderheitenpolitik gegenüber der dänischen, französischen, polnischen und jüdischen Bevölkerung diskutiert, wobei der Fokus quellenbedingt auf die Letztgenannten gelegt wird. Dabei werden Gemeinsamkeiten und spezifische Unterschiede hervorgehoben und im Kontext des politischen Kalküls Bismarcks verortet. Wie noch gezeigt werden wird, hatten dessen politische Ambitionen eine Instrumentalisierung des Nationalismus zur Folge, dessen Konsequenz restriktive Maßnahmen gegenüber den Reichsminderheiten waren.

Medien und öffentliche Meinung sind Bereiche, die aufgrund ihrer Interdependenz zu politischen Akteuren ebenso Gegenstand der Analyse sein müssen um ein tieferes Verständnis für zunehmende nationale Stimmungen und deren Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit zu bekommen. Dabei müssen der soziale und ökonomische Kontext miteinbezogen werden, damit die Minderheitenproblematik hinreichend erklärt werden kann. So konnte Bismarck den Nationalismus nur deshalb für seine Zwecke nutzen, da dieser zu erhöhter Popularität kam, was wiederum aus den sozialen und ökonomischen Trends, sowie

---

<sup>1</sup> Peter Walkenhorst, *Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 176), Göttingen 2007, S. 45, 26 f.

der vermehrten agitatorischen Tätigkeit v. a. bildungsbürgerlicher Nationalisten resultierte. Logischerweise kam es seitens der Reichsminderheiten zu Reaktionen auf die zunehmend vom Nationalismus durchzogenen politischen Aktionen, die wiederum auf Politik und öffentliche Meinung zurückwirkten. Aufgrund dessen ist es wichtig, auch diese Facette in die Arbeit mit einzubeziehen, um ein schlüssiges Gesamtbild der Situation der im Deutschen Reich lebenden Minderheiten zwischen 1871 und 1890 zu erhalten. Abschließend soll noch ein Blick auf die Zeit nach der „Ära Bismarck“ geworfen werden. Eine Zeit, die die fatale Dynamik des zunehmenden Nationalismus sowohl auf Seiten der Reichsmehrheit als auch auf Seiten der Reichsminderheiten veranschaulicht.

1890 soll als Zäsur hervorgehoben werden, indem der Nationalismus vorher mit Begriffe wie volksnational bezeichnet wird, die Zeit danach mit völkisch-nationalistisch, wodurch der zunehmenden Radikalität des Nationalismus Ausdruck verliehen werden soll. An dieser Stelle soll aber festgehalten werden, dass es vor 1890 bereits Agitationen gab, die völkisch-nationalistische Elemente beinhalteten und auch danach immer noch gemäßigte Artikulationen stattfanden. Dies rührt daher, dass die punktuelle Zäsur in Form der Entlassung Bismarcks politischer Natur ist, demgemäß kein plötzlicher mentaler Radikalisierungstrend, ausgehend von diesem Jahr, erfolgte. Vielmehr war eine sukzessive Radikalisierung des Nationalismus, die mit einem inhaltlichen Wandel einherging, bereits ab der Reichsgründung zu verfolgen. Wurde der Nationalismus vor 1871 noch von einer eher linken, liberalen, demokratischen Schicht getragen, änderte sich der Charakter des Nationalismus ab der Reichsgründung und wurde zunehmend rechter und diskriminierender durch Aufladung mit volksnationalen bis hin zu völkisch-nationalistischen sowie rassistischen Elementen.<sup>2</sup>

## **Minderheiten**

### **1. Dänen**

#### ***1.1. Situationsüberblick***

Schleswig, welches seit dem Vertrag von Ripen von 1460 unteilbar mit Holstein verbunden war,<sup>3</sup> stellte das gesamte 19. Jahrhundert über ein Konfliktfeld zwischen den auf das Gebiet Besitzansprüche stellenden Deutschen und Dänen dar. So

---

<sup>2</sup> Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 3. Von der „Deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1848–1914, München 1995, S. 946 ff.

<sup>3</sup> Erich Meuthen, Das 15. Jahrhundert (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 9), München <sup>4</sup>2006, S. 62 f.

forderten die Dänen die Eingliederung Schlesiws in das dänische Reich. Deutsch-nationale sprachen sich für die Aufnahme der Territorien in den Deutschen Bund aus. Die Legitimation bezogen sie daraus, dass Holstein bereits Teil des Deutschen Bundes war und wegen der Unteilbarkeit der beiden Herzogtümer auch Schleswig dazugehören würde. Der Dissens entlud sich zwischen 1848–1851 in einem Krieg. 1864 wurde von den Dänen der Friedensvertrag von 1851 gebrochen, wodurch ein erfolgreiches preußisch-österreichisches Vorgehen gegen Dänemark evoziert wurde. Die beiden Herzogtümer wurden von den Siegern besetzt, wobei das von Österreich kontrollierte Holstein im weiteren Verlauf von Preußen okkupiert wurde. Es folgte ein Krieg zwischen den beiden ehemaligen Bündnispartnern den Preußen gewann und daraufhin Holstein annektierte.<sup>4</sup> 1867 umfasste somit das preußische Königreich in der neuen Provinz Schleswig-Holstein eine dänische Minderheit, die 1871 Teil des Deutschen Reiches wurde. Die dänische Minderheit zählte 200.000 Personen und war demnach nur ein kleiner Teil der zur Reichsgründung über 41 Millionen starken Bevölkerung des Deutschen Reiches.<sup>5</sup> Ihre Verteilung im Gebiet Schleswig-Holstein war äußerst heterogen. So war Holstein genauso wie der südliche Teil Schlesiws mehrheitlich Deutsch gesinnt, wobei der nördliche Teil Schlesiws rund 80% Dänen aufwies.<sup>6</sup> Hierbei muss jedoch angemerkt werden, dass die Verwendung der deutschen bzw. dänischen Sprache nicht das Zugehörigkeitsgefühl determinierte, vielmehr spielte hierfür die Affinität zur einen oder anderen Kultur eine zentrale Rolle.<sup>7</sup>

### ***1.2. Agitation und Aktion gegenüber dänischen Minderheiten***

Grundsätzlich lässt sich eine Radikalisierung hinsichtlich zunehmender diskriminierender Agitationen und restriktiven gesetzlichen Maßnahmen erkennen, resultierend aus einem nationalen Sozialisationsprozess, der eine kognitive Festsetzung nationalistischen Gedankengutes in immer größeren Bevölkerungsteilen fundierte. Kurzum minderte die innere Nationsbildung, also die Bildung eines Zugehörigkeitsgefühls zur eigenen Nation und im weiteren Verlauf die Bildung eines Nationalstolzes, die Hemmschwelle diskriminierender Tätigkeiten gegenüber jenen Bevölkerungsteilen, die nicht als Teil der Nation verstanden wurden. Die gemeinsame Abgrenzung gegenüber bestimmten Teilen der im Reich lebenden

---

<sup>4</sup> Lothar Gall, *Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890* (Oldenburg Grundriss der Geschichte 14), München 1997, S. 63 ff; Jørgen Kühl, *Die dänische Minderheit in Preußen und im Deutschen Reich 1864–1914*, in: *Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert*, hrsg. v. Hans Henning Hahn/Peter Kunze, Berlin 1999, S. 121–132, hier S. 122.

<sup>5</sup> Kühl, *Dänische Minderheit*, S. 121.

<sup>6</sup> Dieter Hertz-Eichenrode, *Deutsche Geschichte 1871–1890*, Stuttgart/Berlin [u. a.] 1992, S. 79.

<sup>7</sup> Kühl, *Dänische Minderheit*, S. 123 f.

Bevölkerung entlang objektiv messbaren Kriterien, wie Sprache, sowie subjektiven, wie das Zugehörigkeitsempfinden zu einer Kultur, war und ist ein konstitutives Element für die innere Nationsbildung. Nur in dem sich eine Gemeinschaft entlang spezifischer Kriterien gegenüber jenen, die diese nicht erfüllen, abgrenzt, entsteht ein nationales Selbstbild. Die gemeinsame Abgrenzung gegenüber Anderen wirkt also als integratives Element zur Formierung eines Nationalbewusstseins.<sup>8</sup>

Bismarck nutzte bestehende nationale Trends aus und stilisierte äußere und innere Reichsfeinde, die er als systemdestabilisierend und somit als gefährlich ansah, um hierdurch zum einen die innere Nationsbildung, durch einen integrativ wirkenden Abneigungskonsens gegenüber den Reichsfeinden, voranzutreiben und andererseits ein Vorgehen gegen diese zu evozieren bzw. deren politische Unterminierung zu erreichen.<sup>9</sup> Im Falle der dänischen Minderheiten war Bismarck anfangs durchaus noch auf toleranteren Weg, der schließlich restriktiven Maßnahmen wich, als der Druck der öffentlichen Meinung größer wurde und somit auch die Möglichkeit stieg, den Deutschnationalismus für seine Zwecke zu instrumentalisieren.

So stellte Bismarck vor 1871 eine Abtretung Nordschleswigs<sup>10</sup> an Dänemark in Aussicht, was jedoch nicht realisiert wurde.<sup>11</sup> Nach der Reichsgründung distanzierte sich Bismarck von dem Gedanken territorialer Abtretungen aus außenpolitischen Motiven, da solche freiwilligen Zugeständnisse als Schwäche interpretiert hätten werden können.<sup>12</sup> In den 1870ern kam es zwar bereits zu einer Germanisierungspolitik in Schleswig, jedoch muss nicht notwendigerweise ethnisch begründete Marginalisierung hierfür handlungsleitend gewesen sein. So fördern bürokratische und sprachliche Homogenisierungen die Effizienz staatlicher Institutionen, da hierdurch die Kommunikation erleichtert wird. Dies soll jedoch nur die Intention dahinter begründen, so bedeutet dies nicht, dass die juristischen Maßnahmen nicht von den dänischen Minderheiten als kulturelle Diskriminierung angesehen wurden. Zu den gesetzlichen Maßnahmen in diesem Kontext zählt die Einführung von Deutsch als Gerichts- und Verwaltungssprache 1876.<sup>13</sup> Erst in den 1880ern, als sich zunehmend nationalistisches Gedankengut bei Dänen und Deutschen festsetzte, nahmen die Repressionen zu. Ein Grund für den erst später intensivierten

---

<sup>8</sup> Walkenhorst, Nation, S. 88f; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 953 f.

<sup>9</sup> Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 3<sup>1977</sup>, S. 96 f.

<sup>10</sup> Hierbei sei darauf verwiesen, dass es unterschiedliche Auslegungen gab, welchen territorialen Umfang Nordschleswig hatte, wodurch die Einigkeit bezüglich der Abtretung erschwert wurde. Vgl. hierzu Erich Hoffmann, Das Nationalitätenproblem in Schleswig 1867–1914 (Geschichte Schleswig-Holsteins 8, Tl. 2, Lfg. 2), Neumünster 1995, S. 203.

<sup>11</sup> Ebd., S. 203 f.

<sup>12</sup> Ebd., S. 207.

<sup>13</sup> Ebd., S. 252.

Germanisierungsdruck stellt sicher die anfängliche Schwäche der dänischen Nationalbewegung dar, die als keine große Gefahr interpretiert wurde sowie die Auffassung, dass der milde Kurs ausreiche, um eine Integration zu gewährleisten.<sup>14</sup> Eine Assimilierung konnte jedoch vor allem im nördlichen Gebiet Schlesiwijs nicht erreicht werden, wodurch der Ruf nach Germanisierungstätigkeiten lauter wurde.<sup>15</sup> Eine erste Verschärfung der Politik gegenüber den dänischen Minderheiten stellt die Sprachverfügung von 1878 dar, die eine Verbreitung der deutschen Unterrichtssprache in Schulen Nordschlesiwijs fundierte. Hintergrund waren Sympathien seitens der parlamentarischen Vertretung der dänischen Minderheit zu den polnischen Abgeordneten im Reichstag, die sich gegenüber preußischen Repressionen kritisch artikulierten. Somit wurde die dänische Minderheit ebenfalls als reichsfeindlich angesehen und Ziel intensiver Germanisierung. Wiederum waren es aber nationale Stimmungen, die durch Druck auf die Regierung ein solches Vorgehen evozierten.<sup>16</sup> Vorzeitiger Höhepunkt der von deutschnationalen Stimmen getragenen Maßnahmen war die Durchsetzung des Deutschen als Unterrichtssprache bis auf vier Religionsstunden im Jahr 1888, worauf Kritik seitens des Klerus folgte, die einen vierstündigen Religionsunterricht auf Dänisch als zu gering einschätzten.<sup>17</sup> Bismarck unterstützte die nationalen Forderungen nicht zuletzt aus dem politischen Kalkül heraus, hierdurch parlamentarischen Rückhalt des national gesinnten Flügels zu erhalten.

### ***1.3. Reaktionen seitens der dänischen Minderheit***

Nach der Angliederung Schlesiwijs-Holsteins an Preußen kam es, vielfach um der Wehrpflicht zu entgehen, zu vermehrten Auswanderungen seitens der dänischen Bevölkerung, die dem dänischen Nationalismus das Fundament entrissen. Dies kann auch als ein Grund gewertet werden, warum die dänische Minderheit anfangs eher liberal von der preußischen Regierung behandelt wurde, da es scheinbar keinen als gefährlich zu erachtenden Nationalismus zu verzeichnen gab. Wichtige Träger eines sich später erneut formierenden Nationalismus waren die im großteils agrarisch geprägten Schlesiwijs lebenden Bauern.<sup>18</sup>

Mit zunehmenden repressiven Maßnahmen gegenüber den dänischen Minderheiten entwickelte sich sukzessiv ein Solidaritätsempfinden innerhalb der marginalisierten Minderheit. Restriktive Maßnahmen, die aus Angst vor aufkeimenden und system-

---

<sup>14</sup> Kühl, *Dänische Minderheit*, S. 124 f.

<sup>15</sup> Ebd., S. 125 f.

<sup>16</sup> Hoffmann, *Nationalitätenproblem*, S. 252 f.

<sup>17</sup> Ebd., S. 253 f.

<sup>18</sup> Kühl, *Dänische Minderheit*, S. 124f.

destabilisierenden nicht-deutsch-gesinnten Nationalismen durchgeführt wurden, brachten wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung erst recht eine nationale Autonomiebewegung der sich formierenden Gemeinschaft hervor, wodurch das Reich wirklich in eine Krisensituation geriet.<sup>19</sup> Dies hatte wiederum eine Radikalisierung deutschnationaler Agitation zur Folge, da das Gefahrenpotential, welches von den Minderheiten auszugehen drohte, verschärft durch das spätere Miteinbeziehen völkischer Deutungsschemata, als immer manifester empfunden wurde. Die Eigendynamik des Nationalismus zeigt sich hierbei in einer Spirale zunehmender Radikalisierung, welche die Kluft zwischen den Nationalitäten vergrößerte.

Durch die gesetzlichen Eingrenzungen der dänischen Sprache entwickelte sich ein Netz aus Vereinen, die die Pflege der dänischen Sprache und Kultur sowie die Verbreitung des dänischen Nationalismus zur Aufgabe hatten. Zu ihnen gehörten der „Verein zur Erhaltung der dänischen Sprache in Nordschleswig“, diverse Vortragsvereine, der „Wählerversammlung für Nordschleswig“, Sportvereine, landwirtschaftliche Genossenschaften u. v. m.<sup>20</sup> Agitatoren der dänischen Nationalbewegung forderten in Anlehnung an das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Möglichkeit der freien Entscheidung über den Verbleib Nordschleswigs (in den übrigen Gebieten erübrigte sich die Frage aufgrund der deutschen Bevölkerungsmehrheit). In Aussicht gestellt wurde eine Volksabstimmung in Nordschleswig bereits in Form einer Klausel bei den Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Österreich von 1866, jedoch wurde diese, ohne dass es jemals eine Wahl gegeben hätte, 1878 aufgehoben, wodurch eine Intensivierung der dänisch-nationalen Agitation evoziert wurde.<sup>21</sup> Kontext hierfür bildete Bismarcks außenpolitisches Geschick während der Balkankrise, da er Österreich, das den Rückhalt des Deutschen Reiches benötigte, zur Annullierung bringen konnte.<sup>22</sup>

Angestrebt wurde das Ziel der Sezession Nordschleswigs, nicht in Form einer Revolution, sondern auf gemäßigtem Weg.<sup>23</sup> Unterstützung fanden die Organisationen auch aus Dänemark in Form von Solidarbekundungen und finanziellen Hilfsleistungen seitens privater Gönner bzw. von den sogenannten südjütischen Vereinen. Wichtige Medien für die dänisch-nationale Agitation waren Zeitschriften, allen voran die „Flensborg Avis“.<sup>24</sup> Um der aufgrund von Auswanderungen

---

<sup>19</sup> Ebd., S. 126 f.

<sup>20</sup> Hoffmann, Nationalitätenproblem, S. 255–259.

<sup>21</sup> Oswald Hauser, Obrigkeitsstaat und demokratisches Prinzip im Nationalitätenkampf. Preußen und Nordschleswig, in: *HZ* 192 (1961), H. 2, S. 318–361, hier S. 319 ff.

<sup>22</sup> Hoffmann, Nationalitätenproblem, S. 207.

<sup>23</sup> Ebd., S. 254.

<sup>24</sup> Hauser, Obrigkeitsstaat, S. 326 f; Hoffmann, Nationalitätenproblem, S. 257 ff.

geschwächten nationalen Bewegung neuen Aufschwung zu verleihen und vermehrten Einfluss auf die Regierung zu gewinnen, wurde eine Rückkehr der dänischen Bevölkerungsteile Nordschleswigs postuliert, damit sich diese als Staatsbürger in die Politik einbringen könnten, um das erstrebte Ziel einer legal erreichten Volksabstimmung zu realisieren.<sup>25</sup> Resultat war, dass die dänische Nationalbewegung weder zerstört werden konnte, da Repressionen deren nationales Feuer erst recht entfachte, noch eine Volksabstimmung erreicht wurde. So blieb der überwiegende Teil Nordschleswigs dänisch gesinnt, wobei sich die Bewohner in den restlichen Teilen Schleswigs sukzessiv assimilierten, wohl auch deshalb, da dort bereits bei der Annexion eine größere Verbundenheit zur deutschen Nation gegeben war.<sup>26</sup>

## 2. Elsässer und Lothringer

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg wurde Elsass-Lothringen ein Teil des neu entstandenen Kaiserreiches. Als Argumentation hierfür wurde von Militärs die Notwendigkeit eines Puffers gegenüber den immer wieder aufkeimenden französischen Aggressionen angeführt.<sup>27</sup> Das Reichsland wurde jedoch nicht als ein vollständiger deutscher Bundesstaat integriert, sondern befand sich in einer Sonderstellung.<sup>28</sup>

Genau wie in Schleswig und den Ostprovinzen gab es in Elsass-Lothringen einen Nationalismus, der sich jedoch seitens der Deutschnationalen nicht gegen ein fremdes Volk richtete. So wurde die dort ansässige Minderheit als deutsche angesehen. Wenn man die Sprache als Zugehörigkeitsfaktor betrachtet, stimmt diese Annahme sogar, da bis auf eine kleine Minderheit von Zwölf Prozent französisch Sprechenden in Lothringen, im gesamten Reichsland Deutsch gesprochen wurde. Aufgrund des subjektiven Zugehörigkeitsempfindens, das Ausdruck in der Affinität zur französischen Kultur fand, hatte aber ein großer Teil der Bevölkerung eine gewisse Solidarität mit Frankreich gehabt. Politische Maßnahmen gegenüber der Minorität im Reichsland waren jedoch trotz der französischen Gesinnung weitaus gemäßigter als jene gegenüber anderen Minderheiten. Der Grund hierfür lag im Selbstverständnis der Deutschnationalen, welche eine Überlegenheit des deutschen Volkes gegenüber dem französischen empfanden. Die verblendete, eigentlich deutsche Bevölkerung Elsass-Lothringens würde demnach die Superiorität der deutschen Nation mit der Zeit schon von alleine erkennen und

---

<sup>25</sup> Hoffmann, Nationalitätenproblem, S. 255.

<sup>26</sup> Kühl, Dänische Minderheit, S. 128 f.

<sup>27</sup> Beate Althammer, Das Bismarckreich 1871–1890, Stuttgart 2009, S. 103.

<sup>28</sup> Hans-Ulrich Wehler, Krisenherde des Kaiserreiches 1871–1918, Göttingen 1979, S. 23 f.

sich durch kulturelle Assimilation in den deutschen Nationalstaat vollkommen integrieren. Eine weitaus weniger aggressive Vorgehensweise gab es im Reichsland auch deshalb, weil die französische Kultur nicht mit vollkommener Abneigung betrachtet wurde, wie etwa die polnische.<sup>29</sup>

Schlussendlich kann man den weniger drastischen Kurs gegenüber der Reichslandbevölkerung auch im Bezug auf das außenpolitische Kalkül Bismarcks interpretieren, der nach dem Deutsch-Französischen Krieg keine zusätzlichen Probleme für das noch recht junge und schwache Deutsche Reich evozieren wollte. Die Marginalisierung französisch-gesinnter Bevölkerungsteile hätte nämlich die ohnehin labile außenpolitische Beziehung zu Frankreich verschlechtert. Außerdem hätten zu starke Restriktionen Unmut im französisch-gesinnten Bevölkerungsteil noch vergrößert, was eine Integration erschwerte und die Attraktivität einer Rückkehr zu Frankreich erhöht hätte.

Im Zuge administrativer Vereinheitlichungstendenzen wurde bereits 1871/72 Deutsch als offizielle Gerichts- und Behördensprache eingeführt, was aufgrund der ohnehin von den meisten Reichslandbevölkerungsteilen gepflogenen Sprache keinen allzu großen Widerstand zur Folge hatte. 1874 wurde Deutsch schließlich zur Unterrichtssprache in den Volksschulen erklärt, wobei hier der oben betrachtete gemäßigte Kurs zum Ausdruck kam, da Französisch weiterhin in den Schulen akzeptiert worden war.<sup>30</sup>

Die Problematik des Reichslandes ergab sich weniger aus Widerstandsbestrebungen gegen Germanisierungstendenzen, sondern vielmehr aus dem rechtlich ungleichen Status Elsass-Lothringens gegenüber den restlichen Regionen des Deutschen Reiches.

So war das Reichsland kein richtiger deutscher Bundesstaat, demnach hatte es auch keinen richtigen Landtag und keine Vertretung im Bundestag. Regiert wurde das Gebiet bis 1879 von einem Oberpräsidenten, der direkt dem Kaiser unterstellt war. Demzufolge spricht man in der Forschung für diese Zeitspanne auch von der Kaiserdiktatur, die sich aus den umfangreichen Kompetenzen des Oberpräsidenten bezüglich der Herrschaftsausübung im Reichsland ergab.<sup>31</sup> Auch die Maßnahmen im Rahmen des konfessionellen Kulturkampfes<sup>32</sup> förderten neben der rechtlichen

---

<sup>29</sup> Wehler, *Krisenherde*, S. 57–60.

<sup>30</sup> Althammer, *Bismarckreich*, S. 105.

<sup>31</sup> Wehler, *Krisenherde*, S. 31 f.

<sup>32</sup> Unter dem Begriff Kulturkampf können eine Reihe von Maßnahmen einzelner Gliedstaaten des Deutschen Reiches verstanden werden, die in liberaler Tradition eine Unterordnung der Kirche unter den Staat intendierten. Unter diesem säkularen Kalkül sollte die Kirche nur noch Einfluss im Bereich

Ungleichstellung das Gefühl der Entfremdung im überwiegend katholischen Elsass-Lothringen.<sup>33</sup>

Ausdruck fand der Argwohn in Protesten, die von Frankreich her unterstützt wurden. Bismarck sah die rechtliche Ungleichstellung nur als temporär an, so lange, bis sich die deutsche Kultur im Reichsland durchsetzt, jedoch sorgte das frankophobe Misstrauen gegenüber den Elsässern und Lothringern für die Beibehaltung des rechtlichen Status Quo. Dieses Misstrauen kam in zahlreichen Äußerungen Bismarcks zum Ausdruck, in dem er der Reichslandbevölkerung eine Zusammenarbeit mit Frankreich unterstellte und diese öfters in einem Atemzug mit anderen, zu Reichsfeinden deklassierten Gruppierungen nannte.<sup>34</sup>

Ab 1879 kam es zwar mit dem „Gesetz betreffend die Verfassung und Verwaltung von Elsass-Lothringen“ zu einer rechtlichen Neuordnung des Reichslandes, dies hatte jedoch keine juristische Gleichstellung als Konsequenz. So wurde das Amt eines lediglich dem Kaiser unterstellten Statthalters eingeführt. Dieser konnte durch den so genannten „Diktaturparagraphen“, ohne Rechenschaft ablegen zu müssen, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit, nach seinem Ermessen notwendige Vorgehensweisen treffen. Dieser Passus sorgte naturgemäß für Proteste und wirkte einer Integration in das Deutsche Reich entgegen.<sup>35</sup>

Als die reichsdeutschen Parteien verstärkte Agitation im Reichsland betrieben, änderte sich allmählich die Anziehungskraft zu Frankreich, hin zu einem deutsch-nationalem Solidaritätsempfinden, jedoch blieb eine rechtliche Gleichstellung weiterhin aus.<sup>36</sup>

---

der Seelsorge besitzen. Deshalb wurden bereits 1871 die Katholische Abteilung im preußischen Kulturministerium aufgelöst und mit dem „Kanzelparagraph“ politische Aussagen von Geistlichen unter Strafe gestellt. Die Spannungen waren vor allem bei der Frage der Schulaufsicht sehr groß, da sich diese traditionsgemäß im Kompetenzbereich der Kirche befand. Im Zuge des Kulturkampfes wurde nun in vielen Bundesstaaten die Schulverwaltung zur Sache des Staates erklärt. Zu den weiteren Bestimmungen gehörten das Verbot des Jesuitenordens im Reich 1872, die Unterwerfung innerkirchlicher Personalpolitik unter staatliche Kontrolle mit den „Maigesetzen“ 1873 und diverse Eingriffe in die Finanzierung und Ausbildung des Klerus. Vgl. hierzu Winfrid Halder, Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, Darmstadt 2006, S. 38–43.

<sup>33</sup> Althammer, Bismarckreich, S. 104.

<sup>34</sup> Wehler, Krisenherde, S. 33.

<sup>35</sup> Ebd., S. 36 f., 40 f.

<sup>36</sup> Ebd., S. 42 f.

### 3. Polen

#### 3.1. *Situationsüberblick*

Seit dem Wiener Kongress 1814/15 wurden Teile Polens, namentlich Posen, Westpreußen, sowie Oberschlesien Preußen einverleibt, und bildeten Hauptregionen polnischer Minderheiten. Dieser Akt wurde seitens polnisch Nationaler, nach deren Selbstverständnis jedes Volk das Recht auf einen eigenen Nationalstaat hatte, als Beschneidung ihrer natürlich zustehenden Rechte angesehen. Aufgrund dieses Unmutes kam es bereits 1848/49 zu bewaffneten Aufständen, die zwar niedergeschlagen werden konnten, jedoch erneut 1862/63 unter national-sezessionistischen Banner in abermals erfolglose antigouvernementale Widerstandskämpfe mündeten.<sup>37</sup>

Bismarck, der bereits in jungen Jahren politischen Kontakt mit der polnischen Frage gehabt hatte, sah in den sich erhebenden Polen ein großes Gefahrenpotential für das preußische Königreich, da die Verwirklichung ihrer Zielsetzung eines Nationalstaates eine Schwächung Preußens zur Folge gehabt hätte. Hinzu kamen antipolnische Stimmungen, die Bismarck des Öfteren artikulierte.<sup>38</sup> Sie lassen ein völkisch-aufgeladenes Überlegenheitsempfinden gegenüber den dem polnischen Kollektiv angehörigen Individuen erkennen, wodurch das Persönlichkeitsbild des ansonsten stets aus rationalem politischen Kalkül handelnden zukünftigen Reichskanzlers um die Facette eines emotional aufgeladenen, radikalen, in ethnischen Kategorien denkenden Nationalisten ergänzt wird. Zur Untermauerung dieses Argumentes sei exemplarisch auf den Brief Otto von Bismarcks aus dem Jahre 1861 an seine Schwester verwiesen, in dem er meinte: „[...]Haut doch die Polen, dass sie am Leben verzagen, ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage, aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes thun, als sie ausrotten. Der Wolf kann auch nichts dafür, dass er von Gott geschaffen ist, wie er ist, und man schießt ihn doch dafür tod, wenn man kann[...].“<sup>39</sup> Natürlich kann man Bismarck aus dieser impulsiven Äußerung, die seine Angst gegenüber einer polnischen Gefahr für die Existenz Preußens veranschaulicht, nicht pauschal als Nationalisten abstempeln, da dies eine Verabsolutierung einer, nämlich der nationalistischen, Facette seiner Identität bedeuten und das Bild des Reichskanzler somit stark vereinfachen würde. Jedoch kann darauf verwiesen werden, dass auch Bismarck vom nationalen

---

<sup>37</sup> Wehler, *Krisenherde*, S. 184 f.

<sup>38</sup> Jerzy W. Borejsza/Jürgen Hensel, Über Bismarck und die polnische Frage in der polnischen Historiographie, in: *HZ* 241 (1985), H. 3, S. 599–630, hier S. 606.

<sup>39</sup> Brief von Bismarck an seine Schwester vom 26. 03. 1861, in: *Briefe Otto von Bismarcks an Schwester und Schwager 1843–1897*, hrsg. v. Horst Kohl, Leipzig 1914, S. 118–120, S. 120.

Zeitgeist, der sich in den Folgejahrzehnten innerhalb des Deutschen Reiches sukzessive verbreitete, erfasst war, da auch er sich nicht außerhalb des gesellschaftlichen Kontextes, in dem eben nationalistische Deutungsschemata in zunehmender Weise grassierten, bewegte.

Die Gründung des Deutschen Reiches evozierte schließlich ein noch größeres nationales Spannungsfeld, da es nun eine polnische Minderheit gab, die sich als fremde Nation in einem deutschen Nationalstaat fühlte. Ausdruck fand dies in einem Antrag vom 1. April 1871 in dem die polnischen Reichstagsabgeordneten eine Exklusion der überwiegend polnischsprachigen Ostprovinzen aus dem Deutschen Reich erreichen wollten.<sup>40</sup> Die Polen waren mit ca. 2,5 Millionen die größte Minorität innerhalb des Deutschen Reiches, die folglich und aufgrund der bereits recht weit verbreiteten polnisch-nationalen Gesinnung, Hauptziel minderheitenpolitischer Maßnahmen war.<sup>41</sup>

### ***3.2. Agitation und Aktion gegenüber polnischen Minderheiten***

Genau wie bei den anderen Minderheiten im Deutschen Reich ging auch bei den Polen eine verschärft restriktive Vorgehensweise mit zunehmend deutschnationaler Stimmung einher, die Druck auf die Regierung ausübte. Die Gründe speziell antipolnischer Agitationen und deren erfolgreiche Verbreitung liegen in den demographischen Entwicklungen. Die oben erwähnte Gefahr, die Bismarck für das preußische Königreich bzw. ab 1871 für das Deutsche Reich vom polnischen Volk ausgehen sah, wurde nämlich nicht nur von Bismarck als manifest erachtet. Realhistorischer Hintergrund der Angst war eine demographische Verschiebung in den Ostprovinzen. So ging der deutsche Bevölkerungsanteil als Konsequenz zunehmender Binnenwanderung, resultierend aus den industrialisierungsbedingten Möglichkeiten bzw. Zwängen und Auswanderungen nach Übersee, zurück und wurde teilweise durch polnische Saisonarbeiter ersetzt. Dieser Trend brachte eine Verschiebung des deutsch-polnischen Bevölkerungsverhältnisses zu Gunsten Letzterer mit sich. Die Zunahme des polnischen Bevölkerungsteils wurde als Bedrohung des Deutschtums interpretiert. Völkisch-nationalistische Topoi wie jene der „slawischen Flut“ entstanden in diesem Kontext und verbreiteten sich durch Agitationen und Schriften. Von den aufgestachelten Ängsten ausgehend, wurden Schutz des Germanentums und Eindämmung der Gefahr gefordert.<sup>42</sup> Grund für das Mobilisierungspotential antipolnischer Hetzschriften war das grundsätzliche

---

<sup>40</sup> Hertz-Eichenrode, *Deutsche Geschichte*, S. 78.

<sup>41</sup> Wehler, *Krisenherde*, S. 186.

<sup>42</sup> Walkenhorst, *Nation*, S. 254 ff.

Misstrauen bzw. Unbehagen, wenn nicht sogar die Angst vor dem Fremden. Diese anthropologische Grundeinstellung erklärt die Anfälligkeit für ethnische Stereotypen bis hin zu radikalen völkisch-nationalen Gedanken. So kommt es zur Stigmatisierung derer, die den eigenen ethnisch-kulturellen Kriterien nicht entsprechen, sowie zur Zuschreibung pejorativer Charaktereigenschaften.

Bismarck, der in den Polen Reichsfeinde sah, aufgrund des Systemdestabilisierungspotentials, das er dem polnischen Nationalismus anhaftete, verfocht bereits in den 1870ern eine antipolnische Politik. So hatte der Kulturkampf, der gegen den katholischen Klerus gerichtet war, eine antipolnische Stoßrichtung. Die überwiegende Mehrheit der in den Ostprovinzen lebenden Polen war nämlich katholisch und sah durch die restriktiven Maßnahmen ihre Kultur beschnitten. So wurden im Kontext des Kulturkampfes unter anderem gesetzliche Regelungen erlassen, die dem katholischen Klerus die Schulaufsicht entzogen und mit dem Oberpräsidialerlass von 1873 Deutsch als Unterrichtssprache in den Volksschulen einführten. Die antikatholische Vorgehensweise war nicht nur antipolnisch geprägt, weil sie die Kultur der Minorität beschnitt, sondern ebenfalls aufgrund der Auffassung Bismarcks, dass der Klerus zur Ausbreitung des polnischen Nationalismus einen entscheidenden Beitrag leiste und somit ein Vorgehen gegen die Geistlichkeit eine Schwächung der polnischen Bewegung nach sich ziehe.<sup>43</sup>

Zu weiteren gesetzlichen Bestimmungen in den 1870ern zählten sprachliche Regelungen in Verwaltung (Geschäftssprachengesetz von 1876) und Justiz (Gerichtsverfassungsgesetz von 1877), die jedoch, wie bereits bei den oben besprochenen Minderheiten im sprachlichen Homogenisierungskontext der staatlichen Bürokratie gesehen werden können. Somit sollte Deutsch als offizielles Kommunikationsmittel, also die Erhebung und flächendeckende allgemein anerkannte Durchsetzung als Amtssprache, eine vereinheitlichte und erleichterte Regierung ermöglichen. Dies führte allerdings zu großen Unmut seitens der sich sprachlich diskriminiert fühlenden Minderheiten.<sup>44</sup>

Wo die antipolnischen Maßnahmen in den 1870ern noch unter einem antikatholischen Schleier bedeckt waren, trugen die weitaus repressiveren Gesetze in den 1880ern ein offiziell das Polentum diskriminierendes, hier im Speziellen gegen den polnischen Adel, den Bismarck neben dem Klerus zeitlebens als Träger des polnischen Nationalismus gesehen hatte, gerichtetes Gewand.<sup>45</sup> Die Gründe für den

---

<sup>43</sup> Wehler, *Krisenherde*, S. 188.

<sup>44</sup> Wehler, *Krisenherde*, S. 196 f.

<sup>45</sup> Ebd., S. 186 f., 189.

Radikalisierungsschub in dieser Periode wurden oben bereits mehrfach erwähnt und müssen an dieser Stelle nicht weiter behandelt werden.

Mit den Ministerialerlässen vom 26. April und 26. Juli 1885 realisierte Bismarck sein bereits zur Reichsgründung erstrebtes Ziel, diejenigen Polen auszuweisen, die keine Staatsbürger des Deutschen Reiches waren. Argumentiert wurde einerseits damit, dass das Reich bereits genügend eigene Polen beherberge, somit nicht auch noch die staatsfremden erdulden müsse.<sup>46</sup> Mit diesem Gesetz konnte der Reichskanzler zweifelsohne Sympathien seitens des deutsch-nationalen Lagers gewinnen, von dem er sich parlamentarischen Rückhalt versprach, indem er deren Forderungen nach Minderung des polnischen Elementes in den Ostprovinzen nachkam und somit das Deutschtum schützte. So stellte der Nationalismus für Bismarck abermals ein Instrument dar, seine machtpolitischen Ziele zu erreichen.

Erwartungsgemäß wurde dieses Vorgehen von den Polen stark kritisiert, jedoch erhielten diese auch Unterstützung seitens anderer, als Reichsfeinde abgestempelter Gruppierungen, wie weitere ethnische Minderheiten oder Sozialdemokraten und schließlich auch von der Zentrumspartei.<sup>47</sup> Auf die darauf folgende Debatte soll unten noch näher eingegangen werden.

Bereits 1886 kam es zum nächsten diskriminierenden Vorgehen in Form des „Gesetzes betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen“, welches am 26. April 1886 verabschiedet wurde und den polnischen Adel schwächen sollte. Das Gesetz basierte auf verschiedenen Konzepten, wie dem eines Güterbetriebsfonds<sup>48</sup> nach Eduard von Flottwell<sup>49</sup>, der Erbpachtidee<sup>50</sup>, sowie Rentengutsgedanken<sup>51, 52</sup>. Ziel war es, das Polentum bzw. den

---

<sup>46</sup> Hertz-Eichenrode, *Deutsche Geschichte*, S. 178 f.

<sup>47</sup> Richard Blanke, *Bismarck and the Prussian Polish Policies of 1886*, in: *The Journal of Modern History* 45 (1973), H. 2, S. 211–239, hier S. 217.

<sup>48</sup> Das Konzept des Güterbetriebsfonds wurde in den 1830ern von Eduard von Flottwell entwickelt und intendierte eine Schwächung polnischer Adelliger. Grundbesitz des polnischen Adels sollte durch staatliche Mittel aufgekauft werden um diese ökonomisch und hierdurch auch politisch zu schwächen. Angedacht war weiters, die Güter an „verlässliche“ Deutsche zu verpachten. Vgl. hierzu Blanke, *Bismarck*, S. 227.

<sup>49</sup> Eduard von Flottwell wurde geboren am 23. 7. 1786. Er war von 1830–1840 Oberpräsident des Großherzogtums Posen und 1858 für wenige Monate preußischer Innenminister. Um Posen zur Gänze in Preußen einzugliedern versuchte er den polnischen Adel und den Klerus in denen er die Träger des polnischen Nationalismus sah, zu schwächen. Gleichzeitig unternahm er Anstrengungen die Sympathien der Bürger und Bauern durch Verbesserung ihrer sozialen und ökonomischen Lage zu gewinnen. Er verstarb am 28. 5. 1865. Vgl. hierzu Hans Hausherr, Flottwell, Heinrich Eduard von, in: *Neue Deutsche Biographie* 5, Berlin 1961, S. 257–258, hier S. 257 f. [<http://www.deutsche-biographie.de/sfz52954.html>], eingesehen 17. 2. 2011.

<sup>50</sup> Intention der Erbpacht war es kleine Parzellen von Grund und Boden an Landarbeiter zu günstigen Modalitäten zu vermieten bzw. zu verkaufen. Ziel der Großagrarien war es hierdurch der Landflucht

polnischen Nationalismus zu schwächen und dafür das deutsche Element in den Ostprovinzen zu stärken. Eine Ansiedlungskommission sollte Anreize für Polen geben, ihren Grund und Boden zu verkaufen, um diesen im Folgenden parzelliert an deutsche Bauern zu verkaufen. Somit stellte die Maßnahme eine gezielte Binnenkolonisation unter völkischen Vorzeichen dar.

Anfangs konnte die Ansiedlungskommission, die zu Beginn ein Etat von 100 Millionen Mark zur Verfügung hatte, durchaus kleinere Erfolge erzielen, jedoch wurde das Angebot, Grundstücke zu verkaufen, vermehrt von deutschen Gutsbesitzern in Anspruch genommen, die ihre in Folge der wirtschaftlichen Depression hoch verschuldeten Höfe, zu günstigen Modalitäten verkaufen konnten.<sup>53</sup>

Auch im Lager der völkisch aufgeladenen Nationalisten formierten sich Vereine gegen das Polentum, wobei die meisten dieser radikalnationalistischen Verbände erst in den 1890ern entstanden bzw. erst in diesen Jahren nach der Entlassung Bismarcks, welche ein Machtvakuum zur Folge hatte, eine erfolgreiche Agitation starten und breiten Zuspruch erhalten konnten.<sup>54</sup> Ein solcher Verein, der bereits 1885 formiert wurde, war der „Allgemeine Deutsche Sprachverein“. Die Bestrebung der dort zusammengeschlossenen radikalen Nationalisten war unter anderem, die Reinheit der deutschen Sprache zu erhalten bzw. wiederherzustellen und zu diesem Zweck eine Exklusion von Fremdwörtern zu betreiben. So können deren Aktivitäten als in literarischer Form ausgetragener Nationalitätenkonflikt bezeichnet werden.<sup>55</sup>

Abschließend kann an dieser Stelle erwähnt werden, dass sowohl die konstruktiven Maßnahmen betreffend einer Stärkung des Deutschtums in den Ostprovinzen als auch die repressiven gegenüber dem polnischen Bevölkerungsteil von keinem Erfolg gekrönt waren, sondern vielmehr das Konfliktpotential der diametral entgegengesetzten Nationalismen steigerte.

---

entgegen zu wirken, die einen Arbeitskräftemangel evoziert hatte. Vgl. hierzu Blanke, Bismarck, S. 227.

<sup>51</sup> Hierbei handelte es sich um die Idee durch staatliche Subvention Großgrundbesitz aufzukaufen, zu parzellieren und für eine erschwingliche, fixe Rente an Landarbeiter zu übertragen. Die Förderung autonomer Bauernschaften sollte einer Proletarisierung und dem Arbeitskräftemangel entgegen wirken. Im Unterschied zur ähnlich angelegten Erbpachtidee sollten aber größere Güter vermietet und die Unabhängigkeit der Landarbeiter gefördert werden. Vgl. hierzu Blanke, Bismarck, S. 228.

<sup>52</sup> Blanke, Bismarck, S. 227 f.

<sup>53</sup> Hertz-Eichenrode, Deutsche Geschichte, S. 179; Wehler, Krisenherde, S. 190 f.

<sup>54</sup> Walkenhorst, Nation, S. 68.

<sup>55</sup> Roger Chickering, Nationalismus im Wilhelminischen Reich. Das Beispiel des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, in: Die Deutsche Nation. Geschichte – Probleme – Perspektiven (Kölner Beiträge zur Nationsforschung), hrsg. v. Otto Dann, Vierow bei Greifswald 1994, S. 60–70, S. 65 f.

### 3.3. *Reaktionen seitens der Minderheit*

Im Unterschied zu den anderen Minoritäten im Reich verfügte der polnische Nationalismus bereits zur Reichsgründung über schlagkräftige Verfechter. Diese waren nicht, wie Bismarck dachte, im polnischen Adel und Klerus zu finden, sondern in der bürgerlichen polnischen Mittelschicht, die in den Ostprovinzen im Rahmen der Industrialisierung spätestens in den 1880ern entstand. Wiederum stellte die vermehrte Repression ein integratives Element für die Minderheiten dar, das sich in einem immer stärker werdenden Nationalismus artikuliert. Durch Gesetze im Rahmen des Kulturkampfes wurden ebenso die ländlichen katholischen Bevölkerungsschichten politisiert, die sich vielfach in Bauernvereinen organisierten.<sup>56</sup> Auch in den Ostprovinzen bildete sich ein solidarisches, soziale Schichten übergreifendes, Vereinsnetz. Konsens bildete dabei die antideutsche Stimmung und die gemeinsame nationale Bestrebung, die Loslösung aus dem Deutschen Reich mit dem Endziel einen eigenen Nationalstaat zu erreichen. Widerstand kulminierte nicht nur in nationaler Agitation, sondern ebenso in Streiks und Übergriffen. Der polnische Zusammenhalt zeigte Wirkung, und konnte die deutschen Restriktionen erfolgreich überstehen.<sup>57</sup> Dies hatte wiederum eine Radikalisierung der anti-polnischen Maßnahmen zur Folge, da die Germanisierungspolitik erfolglos schien, die im Zeichen zunehmender völkisch-nationalistischer Deutungsschemata jedoch als notwendig für das Fortbestehen des deutschen Volkes erachtet wurde.<sup>58</sup> Die Ausweisung der Polen die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen hatte, wie bereits erwähnt, Kritik seitens der polnischen Abgeordneten im Reichstag genauso wie von der Zentrumsparlei zur Folge. Auf Letzteres soll nun Bezug genommen werden. So diffamierte Ludwig Windthorst<sup>59</sup>, der langjährige Gegenspieler Bismarcks, die Ausweisung in den losgetretenen Reichstagsdebatten bezüglich der Polenfrage unter verschieden Gesichtspunkten. Zum einen stünde die Vorgehensweise in der Kulturkampftradition Preußens, sei somit antikatholisch gewesen. Als Beleg hierfür sah er, dass der überwiegende Teil der ausgewiesenen Polen katholisch war. Als Nächstes führte Windthorst die Völkerrechtswidrigkeit der Ausweisungen an und berief sich zum einen auf renommierte Völkerrechtler als

---

<sup>56</sup> Wehler, Krisenherde, S. 187.

<sup>57</sup> Hertz-Eichenrode, Deutsche Geschichte, S. 174 ff.

<sup>58</sup> Walkenhorst, Nation, S. 255.

<sup>59</sup> Ludwig Windthorst lebte vom 17. 1. 1812 bis zum 14. 3. 1891. Er war ein langjähriger Gegenspieler von Bismarck und bedeutender Politiker der Zentrumsparlei. Im Zuge des Kulturkampfes setzte er sich für die Wahrung der Religionsfreiheit der Katholiken ein. Im Einsatz für die Minderheitenrechte kam es mehrmals zu Auseinandersetzungen mit dem Reichskanzler Otto von Bismarck, Vgl. hierzu Felix Rachfahl, Windthorst, Ludwig, in: Allgemeine Deutsche Biographie 55, Leipzig 1910, S. 97–104, hier S. 97–104. [<http://www.deutsche-biographie.de/sfz10998.html>], eingesehen 17. 2. 2011.

auch auf den unmoralischen Aspekt solcher Ausweisungen. Schließlich reagierte er noch auf die von Bismarck in Aussicht gestellte Expropriation des polnischen Adels, die er als verfassungswidrige Unterhöhnung des deutschen Rechtsstaates ansah, da diese gegen den Gleichheitsgrundsatz verstieße.<sup>60</sup>

Bismarck wiederum berief sich auf die Notwendigkeit solcher Maßnahmen für die Sicherheit der deutschen Nation und legitimierte somit die Untergrabung des Rechtsstaates durch verfassungswidriges Vorgehen für den nationalen Zweck. So titulierte er die Auseinandersetzung zu einem „[...] Kampf ums Dasein zwischen den beiden Nationen [...]“<sup>61</sup> und sah restriktivere Vorgehensweisen wie die Ausweisung der nicht-staatsangehörigen Polen als Prämisse an aufgrund der mangelnden Assimilierung bzw. der Perpetuierung polnisch-nationaler und somit reichsfeindlicher Agitationen.<sup>62</sup> „[...] Wir wollen die fremden Polen los werden, weil wir an unseren eigenen genug haben [...]“<sup>63</sup> lautete Bismarcks Parole zur Rechtfertigung der vollzogenen Ausweisung. Ein weiteres legitimitätsstiftendes Konstrukt Bismarcks stellte seine Ausführung dar, dass die Polen zwar von der Reichsverfassung profitierten, sich jedoch nicht daran hielten.<sup>64</sup> Deshalb meinte er: „[...] wer nicht mitarbeiten will mit dem Staat zu seinem Schutz, der gehört nicht zum Staat, der hat keine Rechte an den Staat; er soll weichen aus dem Staat [...]“<sup>65</sup>

In dieser Auseinandersetzung zeigt sich auch der Dissens der beiden im Deutschen Reich vorkommenden Nationsparadigmen. Sie spiegelt den Konflikt zwischen einem staatsbürgerlichen Nationsverständnis, hier personifiziert durch den Abgeordneten Windhorst und einer von Bismarck aufgegriffenen radikaleren, ethnisch-kulturellen Auffassung der Nation wider.

Das Ansiedelungsgesetz, welches Bismarck durch den Rückhalt den er aufgrund seiner marginalisierenden Vorgehensweise gegenüber den Polen und deutsch-nationalen Existenzängsten erhielt, realisieren konnte, führte logischerweise wieder zu Reaktionen der Minorität, gegen die das Gesetz gerichtet war. So wurden polnische Kredit- und Parzellierungsgenossenschaften gegründet, die die polnischen Bauern unterstützten, damit diese nicht in Versuchung gerieten, ihren Grund an Deutsche zu verkaufen. Bis 1891 wurden schließlich insgesamt 45.000 Hektar von

---

<sup>60</sup> Winfried Becker, Ludwig Windhorst und die Polen, S. 2 f. [<http://www.ludwig-windthorststiftung.de/download/070919VortragBecker.pdf>], eingesehen 2. 1. 2010.

<sup>61</sup> Rede Bismarcks zur 8. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 28. 01. 1886, in: Die Reden des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Fürsten von Bismarck im Preußischen Landtage und im Deutschen Reichstage 1885–1886, hrsg. v. Horst Kohl, Stuttgart 1894, S. 407–447, S. 432.

<sup>62</sup> Ebd., S. 440 f.

<sup>63</sup> Ebd., S. 441.

<sup>64</sup> Ebd., S. 434.

<sup>65</sup> Ebd., S. 435.

der Ansiedlungskommission angekauft, wobei deren Erfolg aber gegenüber dem starken polnischen Gemeinwesen bald abflaute.<sup>66</sup>

Auch bei der Betrachtung der polnischen Minorität zeigt sich die Machtlosigkeit der Regierung sowie ihrer deutschnationalen Propaganda, deren stabile Solidarität zu unterminieren. Die Minderheit konnte sich durch nationale Agitation, ein übergreifendes Verbandswesen und dem gemeinsamen nationalen Gedanken gegenüber den repressiven Maßnahmen, die den polnischen Nationalismus entgegen ihrer Intention noch bestärkten, behaupten.

## **4. Juden**

### ***4.1. Situationsüberblick***

Die sich selbst als eigenständiges Volk definierenden Juden waren die Geschichte hindurch immer wieder Ziel von Marginalisierungen, die durch Vorurteile mit wechselnden Bedeutungsinhalten begründet waren. Die Reichsgründung 1871 bedeutete für das 420.000 Leute umfassende Judentum im Deutschen Reich keine wider ihrer nationalen Gesinnung zwangsweise vollstreckten Eingliederung in den Staat einer fremden Nation. Vielmehr besaßen die Juden ein Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Nation, jedoch unter Beibehaltung ihres Volksbewusstseins. So kann man den Juden ein dualistisches Nationsempfinden attestieren, wobei sich die nationalen Identitäten in keinem konträren Spannungsverhältnis zueinander befanden. So stellte das Solidaritätsempfinden zum jüdischen Volk keinen Widerspruch zum ebenfalls gepflogenen deutschen Nationalbewusstsein dar.<sup>67</sup>

### ***4.2. Alter Antijudaismus und neuer Antisemitismus***

Die liberale Ära nach der Reichsgründung leitete eine rechtliche Angleichung des jüdischen Volkes ein. Dennoch gab es im Deutschen Reich immer noch vor allem religiös begründete Stereotype gegenüber Juden. Diese wurden nämlich durch die Primärsozialisation als Teil gesellschaftlicher Wissensbestände reproduziert und von nachfolgenden Generationen internalisiert. Stereotype waren somit dem Verhältnis zwischen Deutschen und Juden immanent und belasteten dieses kontinuierlich. Aus diesem Grund sorgten die liberalen Gesetze zwar für eine rechtliche Angleichung des jüdischen Volkes innerhalb des Deutschen Reiches, jedoch

---

<sup>66</sup> Wehler, Krisenherde, S. 192.

<sup>67</sup> Walkenhorst, Nation, S. 283.

wurden sie in der Gesellschaft immer noch diskriminiert, ob nun in latenter oder in ganz bewusster Form.<sup>68</sup>

Nach der eher gemäßigten Frühphase des deutschen Kaiserreiches wurden Juden zunehmend angeprangert, wobei die alten religiösen Deutungsschemata mit neuen modifiziert wurden. So verschmolz der religiöse Antijudaismus zunächst mit sozialen und wirtschaftlichen Aspekten und schließlich mit naturwissenschaftlichen in Form eines jüdischen Rassismus. Diese Modifikation vollzog sich mit einem Erstarken der 1871 gen rechts gerichteter nationaler Gesinnung, indem alte anti-jüdische Stimmungen im nationalen Wahrnehmungshorizont verortet und mit volks-nationalen Gedanken verbunden wurden. So erhielt der Antisemitismus eine neue Qualität.<sup>69</sup> Bevor im Folgenden auf die Agitation des unter volksnationalen Vorzeichen auftretenden Antisemitismus eingegangen wird, soll jedoch noch ein Blick auf die Gründe geworfen werden, die die Genese der neuen Judenfeindlichkeit begründeten.

Die Modernisierung in Form der Industrialisierung spielt dabei eine entscheidende Rolle, da diese ein wachsendes Krisengefühl aufgrund von raschen gesellschaftlichen Veränderungen evozierte. Die sozialen und ökonomischen Prozesse wurden hierdurch immer weniger greifbar. Es stellte sich ein Ohnmachtsgefühl gegenüber den nicht mehr nachvollziehbaren Entwicklungen ein. Hinzu kam seit 1873 eine wirtschaftliche Depression, die das Krisengefühl und auch die Abneigung gegenüber dem Kapitalismus verstärkte. In einem sich ausbreitenden Milieu von Unsicherheit und Existenzangst wurde nach Erklärungen für diese Entwicklungen gesucht. Wegen der tief in der deutschen Gesellschaft verankerten langen anti-jüdischen Traditionen stellten Juden hierfür prädestinierte „Sündenböcke“ dar. Die Juden wurden somit im Rückgriff alter anti-jüdischer Stereotype im Kontext sozioökonomischen Krisengefühls zu Sündenböcken stilisiert.<sup>70</sup> In den simplifizierenden monokausalen Erklärungsschemata, in denen die Juden als die Schuldigen diffamiert wurden, konnte der Drang nach Erklärung für die Entwicklungen gedeckt werden. Das Ohnmachtsgefühl bezüglich der nicht nachvollziehbaren gesellschaftlichen Prozesse wich dem Empfinden, wieder alles zu überblicken und kontrollieren zu können. So sahen Leute, die sich an das angebotene antisemitische Erklärungsschema klammerten, die Juden als Schuldige und glaubten die sozio-ökonomischen Missstände in einem Vorgehen gegen diese beheben zu können. Natürlich kann es unter rationalem Kalkül nicht möglich sein, eine Minderheit als

---

<sup>68</sup> Althammer, Bismarckreich, S. 106 f.

<sup>69</sup> Ebd., S. 108; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 924 f.

<sup>70</sup> Wehler, Kaiserreich, S. 110 f.

Schuld tragend für gesellschaftliche Missstände zu erachten, da diese zu komplexen Ursprungs sind, als dass kleinste Bevölkerungsteile hierfür verantwortlich sein könnten.

Antijüdische Auslegungen verschmolzen dabei, wie oben erwähnt, mit nationalen Gefühlen. Juden waren somit nicht nur schuld an der wirtschaftlichen Depression, sondern ebenso gefährlich für den Nationalstaat. Plötzlich wurde das jüdische Volk im Kontext einer völkischen Homogenität zu einer nationalen Gefahr erhoben und mit zunehmendem Erfolg der sozialdarwinistischen Theorie mit rassistischen Deutungsmustern versehen.<sup>71</sup> Hierbei muss jedoch erwähnt werden, dass der volksnational aufgeladene Antisemitismus nicht die Auffassung der Mehrheit des deutschen Volkes zur Zeit Bismarcks widerspiegelte, aber schon in dieser Zeit das geistige Fundament gelegt wurde, auf dem spätere völkische und rassistische antisemitische Agitationen fußten. Nationalismus und Antisemitismus förderten sich gegenseitig, wodurch deren Verbreitung beschleunigt wurde. Die antisemitische Durchfütterung des Nationalismus verbreitete judenfeindliches Gedankengut bei den Nationalen und sorgte ebenfalls für Zuspruch des (Volks-) Nationalismus bei den Antisemiten.

### **4.3. Agitation und Aktion gegenüber jüdischen Minderheiten**

Natürlich bedurfte es bei der Ausbreitung antisemitischer Ideen einflussreicher Multiplikatoren, die in elitären bildungsbürgerlichen Kreisen gefunden wurden. In den von ihnen veröffentlichten Schriften zeigt sich sehr deutlich die Verortung des Antisemitismus in einem volksnationalen Kontext, jedoch auch eine Distanzierung vom „Radauantisemitismus“ der unteren Schichten. Zur Veranschaulichung hierfür wird im Folgenden exemplarisch auf den Universitätsprofessor Heinrich von Treitschke eingegangen, dessen Gedanken aus dem Aufsatz „Unsere Aussichten“, der am 15. November 1879 in den Preußischen Jahrbüchern veröffentlicht wurde, aufgrund der oben angeführten Argumente große Resonanz erfuhren.

Treitschke selbst kann zwar nicht als Antisemit in dem Sinne bezeichnet werden, dass er eine Ausgrenzung der Juden forderte, jedoch fand sein Aufsatz bei den Antisemiten großen Anklang und die darin vorkommenden Parolen wurden von eben diesen häufig zitiert. Treitschke war vielmehr volksnationaler Gesinnung und demnach ein Verfechter jüdischer Assimilation im Gegensatz zu antisemitischen Ausgrenzungsbestrebungen. Jedoch merkte er im Bezug auf den weit verbreiteten „Radauantisemitismus“ an, dass „[...] der Instinkt der Massen in der Tat eine

---

<sup>71</sup> Walkenhorst, Nation, S. 283–285.

schwere Gefahr, einen hochbedenklichen Schaden des neuen deutschen Lebens richtig erkannt [hat] [...].<sup>72</sup> Gefahr von den Juden sieht er da „[...] [deren] Einwanderung [zusehends] wächst und [die Frage] immer ernster wird, wie [man] dies fremde Volkstum mit dem [eigenen] verschmelzen [kann].“<sup>73</sup> In dieser Aussage in dem er sich auf die vermehrte polnisch-jüdische Einwanderung in den Ostprovinzen bezog, zeigte sich außerdem die Angst vor Überfremdung. Aufgrund dessen fordert er: „Sie sollen Deutsche werden.“<sup>74</sup> Im Gedanken an die wirtschaftlichen Zustände merkte er an:

„[...] unbestreitbar hat das Semitentum an dem Lug und Trug, an der frechen Gier des Gründer-Unwesens einen großen Anteil, eine schwere Mitschuld an dem schnöden Materialismus unsere Tage bei der jede Arbeit nur noch als Geschäft betrachtet, und die alte gemütliche Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes zu ersticken droht; [...]“<sup>75</sup>.

Hier zeigt sich auch der oben erwähnte Argwohn gegenüber den damaligen industrialisierungsbedingten Zuständen und die Assoziation einer jüdischen Schuld daran. Somit sei die antijüdische Agitation nur eine „[...] natürliche Reaktion des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, das [...] einen allzu breiten Raum eingenommen hat [...]“.<sup>76</sup>

Der Artikel von Treitschke wurde zwar von gemäßigter Denkenden, wie etwa von Theodor Mommsen, kritisiert, fand jedoch vor allem bei den Studenten großen Anklang.<sup>77</sup> Es folgten zahlreiche weitere antijüdische Agitationsschriften und eine Petition,<sup>78</sup> die in studentischen Kreisen kursierte, um unter anderem den Ausschluss von Juden an der Universität zu erreichen, sowie die Gründung antisemitischer Vereine wie der Kyffhäuserverband.<sup>79</sup> Hinter der Forderungen der Petition stand das Gedankengut, dass Juden an der schlechten Arbeitslage von Akademikern schuld seien, da deren hohe universitäre Abschlussrate eine Marktübersättigung mit sich gebracht hätte. Von dem Gedanken der jüdischen Konkurrenz beeinflusst, kam

---

<sup>72</sup> Heinrich von Treitschke, *Unsere Aussichten*, in: *Preußische Jahrbücher* 44, Berlin 1879, S. 559–576, hier S. 572. [[http://www.gehove.de/antidem/texte/treitschke\\_1.pdf](http://www.gehove.de/antidem/texte/treitschke_1.pdf)], eingesehen 2. 1. 2010.

<sup>73</sup> Ebd., S. 573.

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> Ebd., S. 574.

<sup>76</sup> Ebd., S. 575.

<sup>77</sup> Norbert Kampe, *Studenten und Judenfrage im Deutschen Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 76)*, Göttingen 1988, S. 24 f.

<sup>78</sup> Zu den vier Hauptforderungen gehörten: Exklusion von Juden aus leitenden Positionen bzw. von der Beamtenschaft, Einwanderungsbeschränkungen, Beibehalt des christlichen Charakters der Volksschule und eine amtliche Judenstatistik. Vgl. hierzu Kampe, *Studenten*, S. 23.

<sup>79</sup> Kampe, *Studenten*, S. 23, 31.

es seitens der Studentenschaft zu einer selektiven Wahrnehmung. Jeder jüdische Universitätsabsolvent bestätigte somit den bestehenden Eindruck einer von Juden ausgelösten bildungsbürgerlichen Krise.<sup>80</sup> Die Problematik, die sich aus der Einflussnahme antisemitischen Gedankenguts auf einen Teil der Studentenschaft ergab, lag hierbei in der Tatsache, dass diese die spätere Funktionselite wurde, somit in einflussreichen gesellschaftlichen Positionen tätig war, und aufgrund ihres sozialen Status meinungsbildend wirkte. So konnte sich der Antisemitismus von den elitären Schichten ausgehend auf weitere Bevölkerungsteile ausbreiten und aufgrund der oben erwähnten Aspekte ein großes Mobilisierungspotential entwickeln.<sup>81</sup>

Bismarck verhielt sich gegenüber dem Antisemitismus reserviert, jedoch kann man davon ausgehen, dass auch er eine von anti-jüdischen Stereotypen geprägte Denkweise hatte. Dies ergibt sich aus dem Sozialisationskontext der damaligen Zeit, in der solche Vorurteile durch Bezugspersonen internalisiert wurden. Bismarck ließ sich aber nicht von diesen Emotionen leiten und agierte vielmehr unter rational-politischem Kalkül. Diese Handlungsmotivation artikulierte sich jedoch durchaus in von alten Stereotypen geprägten, antisemitisch wirkenden Aussagen, die eine Instrumentalisierung des Antisemitismus für politische Zwecke verdeutlichten. Insofern kann man dem Staatsmann eine Teilschuld an der Verbreitung antisemitischen Gedankengutes attestieren, vor allem deshalb, da er die anti-jüdischen Agitationen nicht offiziell negierte, somit einer sukzessiven mentalen Konsolidierung dieser Gedanken nicht entgegenwirkte. Den Bereich der politischen Artikulation verlassend, hin zu konkreten politischen Maßnahmen, muss konstatiert werden, dass er diesbezüglich keine restriktive Intention ersehen lässt. Nur indirekt kann man ihm ein antijüdisches Vorgehen in Form antipolnischer Maßnahmen unterstellen. So waren ein Drittel der von den Ausweisungen ab 1885 betroffenen Personen Juden.<sup>82</sup> Dieses Faktum kann man jedoch als ungeplante Begleiterscheinung interpretieren. Im Antisemitismus der „Ära Bismarck“ spielen somit weniger restriktive Regierungsmaßnahmen eine Rolle, sondern vielmehr die Agitation von Bildungseliten, Katholiken und in den 1880ern immer häufiger die der Deutschkonservativen Partei. Letztere versuchte durch Antisemitismus die Wählerschaft auszuweiten und Volksparteiencharakter zu erlangen. Hierzu wurde auf Medien wie Zeitungen, allen voran die ultra konservative „Neue Preußische Zeitung“ (auch Kreuzzeitung genannt), aber auch auf Vorträge zurückgegriffen.

---

<sup>80</sup> Ebd., S. 99–102.

<sup>81</sup> Ebd., S. 206.

<sup>82</sup> Wehler, Kaiserreich, S. 112 f.

Bedeutende Persönlichkeit in diesem Kontext und später auch Mitglied der Partei war der protestantische Prediger Adolf Stoecker<sup>83, 84</sup>.

Die Katholiken hoben ihren religiösen Antijudaismus positiv hervor und sahen diesen als Verteidigungsmaßnahme an. Somit distanzieren sie sich von antisemitischen Topoi, die sich auf Rassismus stützten. Diese idealtypische Differenzierung war jedoch nicht immer gegeben, vielmehr verschmolzen auch im katholischen Antisemitismus religiöse mit volksnationalen Bedeutungsinhalten.<sup>85</sup>

Natürlich gab es auf Seiten der Juden Reaktionen auf die antisemitischen Agitationen, jedoch fanden diese zumindest bis zur Entlassung Bismarcks nicht in einem eigenen Nationalismus und Sezessionsbestrebungen Ausdruck. Vielmehr verblieb die Minorität in seinem deutschnationalen Zugehörigkeitsgefühl.<sup>86</sup> Aufgrund der anhaltenden bzw. intensivierten Diskriminierungen, die es nicht nur im Deutschen Reich zu verzeichnen gab, erstarkte in den folgenden Jahren aber doch bei einem kleinen Teil des jüdischen Volkes durch Bezug auf nationale Gedanken die Auffassung einer Notwendigkeit eines eigenen Staates. Literarisches Resultat dieser Ideen war Theodor Herzls „Der Judenstaat“ von 1896 und darauf folgend der politische Zionismus.<sup>87</sup>

## **Radikaler Nationalismus nach 1890**

Nach Bismarcks Entlassung konnte sich durch das entstandene Machtvakuum ein zunehmend radikaler werdender, nunmehr völkischer Nationalismus entwickeln. In diesem Kontext entstanden zahlreiche Agitationsverbände, wie der Deutsche Ostmarkenverein<sup>88</sup> oder der Alldeutsche Verband<sup>89, 90</sup>. Aufbauend auf den zur Zeit

---

<sup>83</sup> Adolf Stoecker (1835–1909) war ein deutscher Theologe, Politiker und Antisemit. 1878 gründete er die Christlich Soziale Arbeiterpartei die 1881 in die Christlich-Soziale Partei umbenannt wurde. Vgl. hierzu Halder, Innenpolitik, S. 93.

<sup>84</sup> James Retallak, Anti-Semitism, Conservative Propaganda, and Regional Politics in Late Nineteenth Century Germany, in: *German Studies Review* 11 (1988), H. 3, S. 377–403, hier S. 380, 388 f.

<sup>85</sup> Olaf Blaschke, Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 122), Göttingen 1997, S. 70 f.

<sup>86</sup> Althammer, Bismarckreich, S. 112.

<sup>87</sup> Steven M. Lowenstein, Ideologie und Identität, in: *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit* Bd. 3. Umstrittene Integration 1871–1918, hrsg. v. Michael A. Meyer, München 1997, S. 278–301, hier S. 287 ff.

<sup>88</sup> Der Verein wurde 1894 als „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ gegründet und seit 1898 Deutscher Ostmarkenverein genannt. Ziel war es das Deutschtum in den mehrheitlich polnisch besiedelten Teilen des Reiches wirtschaftlich und zahlenmäßig zu stärken. Vgl. hierzu: Walkenhorst, Nation, S. 75.

<sup>89</sup> Der Allgemeine Deutsche Verband wurde 1891 gegründet und seit 1894 Alldeutscher Verband genannt. Die Organisation sollte eine für das nationalgesinnte Bürgertum eine Plattform bieten ihre Interessen kund zu tun. Ziel ihres Schaffens war es das deutsche Nationalbewusstsein zu stärken, das

Bismarcks entstandenen Gedankengängen, wurde der Volksnationalismus um neue Deutungsschemata ergänzt. Diese Modifikation artikulierte sich in zunehmend extremistischen Forderungen radikal-nationalistischer Agitatoren. So wurde die Zielsetzung einer vollkommenen Germanisierung und somit einer ethnischen Homogenisierung als nationale Notwendigkeit angesehen und mit Nachdruck propagiert, auch wenn dies einen eklatanten Verfassungsbruch bedeuten sollte.<sup>91</sup> Ansätze für dieses Postulat waren zwar bereits vor der Entlassung Bismarcks gegeben, jedoch nicht in diesem radikalen Ausmaß. Außerdem wurden die völkisch-nationalistischen Parolen nun zusehends mit biologistischen Aspekten angereichert. Somit entwickelten sich in Anlehnung an zeitgenössische Theorien u. a. von Houston Stewart Chamberlain<sup>92</sup> oder Arthur Comte de Gobineau<sup>93</sup>, die im allgemeinen naturwissenschaftlichen Erklärungstrend sozialer Phänomene starke Rezeption erfuhren, rassentheoretische Wissensbestände. Fremde Völker wurden nunmehr fremde Rassen und unter einem degenerationstheoretischen Gesichtspunkt als Schädlinge angesehen, deren Tilgung wichtig zur Erreichung größtmöglicher nationaler Effizienz sowie nationaler Homogenität sei.<sup>94</sup> Diese wiederum sei wichtig, da dadurch die weltmachtpolitischen Ziele einer territorialen Ausweitung durch Kolonien gewährleistet werden konnten. Unter weltreichstheoretischer Perspektive eine Notwendigkeit, da eine territoriale Expansion unumgänglich für die Fortexistenz des deutschen Volkes sei.<sup>95</sup>

Die in dieser Zeit konstruierten bzw. weiterentwickelten völkisch-nationalistischen bzw. rassistischen Deutungsschemata, von denen ein paar genannt wurden, lassen erahnen, auf welchem fatalen Kurs sich diese Theorien befanden. Die erörterten Vorstellungen waren nicht Teil einer umfassenden, einheitlichen radikal-

---

„Deutschtum im Ausland“ zu unterstützen und die koloniale Expansion voranzutreiben. Diese Maßnahmen sollten das Deutsche Reich zu einer Weltmacht befördern. Einen starken Auftrieb bekam die Organisation durch Ernst Hasse (1846–1908), der seit 1893 Vorsitzender des Verbandes war. Er spielte eine Schlüsselrolle bei der Formierung und Verbreitung einer konsistenten alldeutschen Ideologie. Vgl. hierzu Walkenhorst, Nation, S. 71–74.

<sup>90</sup> Walkenhorst, Nation, S. 71, 75.

<sup>91</sup> Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 1067 ff.

<sup>92</sup> Laut Chamberlain waren nicht körperliche Merkmale sondern vielmehr das subjektive Bewusstsein des Individuums entscheidend für die Zugehörigkeit zu einer Rasse. Das Empfinden zu einer bestimmten Rasse zu gehören war somit ausschlaggebend. Durch eine von der Nation gesteuerte Züchtung sollte dabei eine hochwertige Rasse erzeugt werden. Vgl. hierzu Walkenhorst, Nation, S. 106 f.

<sup>93</sup> Laut Gobineau bestand die Weltgeschichte aus dem Kampf verschiedener Rassen in dem es um den Erhalt der „Rassenkraft“ ging. Die Vermischung von starken mit minderwertigen Rassen könnte weiters zum Untergang der eigentlich überlegenen Abstammungslinie führen. Vgl. hierzu Walkenhorst, Nation, S. 102 f.

<sup>94</sup> Walkenhorst, Nation, S. 102–119.

<sup>95</sup> Ebd., S. 168–172.

nationalistischen Ideologie, sondern Elemente, die von Agitatoren in verschiedensten Mischverhältnissen verwendet und mit kontextabhängigen Konotierungen versehen wurden. Es darf zwar nicht vergessen werden, dass auch diese Ideen nicht die Auffassung der Mehrheit widerspiegelten und so auch nicht die Meinung der Regierung reflektierten, jedoch war ihnen ein enormes Konfliktpotential immanent, welches im Zuge der sukzessiven Sensibilisierung für Diskriminierung während Bismarcks Kanzlerzeit ein Fundament fand, auf dem sich die noch radikaleren nationalistischen Gedanken kognitiv festsetzen konnten.

Von dieser Position ausgehend sorgten radikalnationalistische Agitationen für die Verbreitung der Theorien und machten sie in einem Milieu von sozioökonomischen Krisen, Unsicherheit und Perspektivenlosigkeit für viele plausibel. Auch Bismarck spielte bei der mentalen Festsetzung radikalnationalistischer Deutungsmuster eine Rolle. So war er als doppelter Reichsgründer Aushängeschild für den Nationalismus. Bismarck, der während seiner Amtszeit durch die Instrumentalisierung des Nationalismus seinem politischen Kalkül folgend, dessen Verbreitung evozierte, wurde nun selbst Instrumentarium der nationalen Bewegung.<sup>96</sup>

## **Schluss**

Die Analyse hat gezeigt, dass die Minderheitensituation im Deutschen Kaiserreich unterschiedlich zu bewerten ist. So gab es zwar bestimmte gesetzliche Maßnahmen im Bereich der Sprach- und Schulpolitik, die auf jede Minorität in eingrenzender Weise wirkten, jedoch waren diese bezüglich ihrer Repressionsintensität nicht gegenüber allen Minderheiten gleich. So gab es gegenüber den Elsässern und Lothringern einen milderen Kurs als gegenüber den Polen. Gründe hierfür lagen im nationalen Selbstverständnis der Deutschen bzw. der Abwertung des polnischen Volkes, sowie der als krisenhaft erachteten demographischen Entwicklung in den Ostprovinzen.

Auch war die Intensität restriktiver Maßnahmen zeitlich unterschiedlich. So war der 1870er Kurs im Vergleich zu dem im darauffolgenden Jahrzehnt milder. Die Zunahme diskriminierender Tätigkeiten ging mit der Zunahme nationalistischen Gedankengutes einher, die wiederum im Kontext sozialer und ökonomischer Trends zu betrachten ist.

Wirtschaftliche Depression in Verbindung mit bestehenden Vorurteilen bot Nährboden für nationale Agitation. Somit erhöhte sich der Druck auf die Regierung, die infolge dessen restriktiver gegenüber den Minoritäten vorging. Die Reaktion darauf

---

<sup>96</sup> Ebd., S. 68.

war bei allen Minderheitengruppen dieselbe und drückte sich in einer Zunahme ihres Zugehörigkeitsgefühls zur eigenen Nation, die in einer erstarkten eigenen Nationalbewegung mündete, aus. Ausnahme hierbei bildeten lediglich die Juden, die trotz der Erweiterung diskriminierender Tätigkeiten weiterhin deutschnational gesinnt blieben.

Bismarck, der selbst nicht vorurteilsfrei gegenüber Minderheiten war, instrumentalisierte dabei den Nationalismus unter politischem Kalkül, um mit Hilfe dessen unter anderem den Rückhalt des nationalen Lagers zu bekommen. Hierdurch unterstützte Bismarck den Nationalismus und leistete einen Beitrag zu seiner sukzessiven Verbreitung. Resultat der zunehmend restriktiveren Vorgehensweise war, wie Hans-Ulrich Wehler treffend feststellte, dass die Exklusionspraktiken, die nach der Entlassung Bismarcks noch radikaler wurden, eine Sensibilisierung für Diskriminierung von ethnischen Minderheiten auslöste. Hierdurch konnte sich diese schließlich als soziale Norm bei bestimmten Bevölkerungskreisen, allen voran beim Bildungsbürgertum, konsolidieren, und somit eine wichtige Voraussetzung für den raschen Anklang des Nationalsozialismus geschaffen werden.<sup>97</sup>

## Quellen und Literatur

Althammer, Beate, Das Bismarckreich 1871–1890, Stuttgart 2009.

Becker, Winfried, Ludwig Windhorst und die Polen, [<http://www.ludwig-windthorst-stiftung.de/download/070919VortragBecker.pdf>], eingesehen 02.01.2010.

Blanke, Richard, Bismarck and the Prussian Polish Policies of 1886, in: *The Journal of Modern History* 45 (1973), H. 2, S. 211–239.

Blaschke, Olaf, Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 122), Göttingen 1997.

Borejsza, Jerzy W./Hensel, Jürgen, Über Bismarck und die polnische Frage in der polnischen Historiographie, in: *HZ* 241 (1985), H. 3, S. 599–630.

Brief von Bismarck an seine Schwester vom 26. 3. 1861, in: Briefe Otto von Bismarcks an Schwester und Schwager 1843–1897, hrsg. v. Kohl, Horst, Leipzig 1914, S. 118–120.

---

<sup>97</sup> Wehler, Krisenherde, S. 202.

Chickering, Roger, Nationalismus im Wilhelminischen Reich. Das Beispiel des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, in: Die Deutsche Nation. Geschichte – Probleme – Perspektiven (Kölner Beiträge zur Nationsforschung), hrsg. v. Dann, Otto, Vierow bei Greifswald 1994, S. 60–70.

Gall, Lothar, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890 (Oldenburg Grundriss der Geschichte 14), München <sup>3</sup>1997.

Halder, Winfrid, Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, Darmstadt <sup>2</sup>2006.

Hauser, Oswald, Obrigkeitsstaat und demokratisches Prinzip im Nationalitätenkampf. Preußen und Nordschleswig, in: *HZ* 192 (1961), H. 2, S. 318–361.

Haussherr, Hans, Flottwell, Heinrich Eduard von, in: Neue Deutsche Biographie 5, Berlin 1961, S. 257–258. [<http://www.deutsche-biographie.de/sfz52954.html>], eingesehen 17.02.2011.

Hertz-Eichenrode, Dieter, Deutsche Geschichte 1871–1890, Stuttgart-Berlin [u. a.] 1992.

Hoffmann, Erich, Das Nationalitätenproblem in Schleswig 1867–1914 (Geschichte Schleswig-Holsteins 8, Tl. 2, Lfg. 2), Neumünster 1995.

Kampe, Norbert, Studenten und Judenfrage im Deutschen Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 76), Göttingen 1988.

Kühl, Jørgen, Die dänische Minderheit in Preußen und im Deutschen Reich 1864–1914, in: Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, hrsg. v. Henning Hahn, Hans/Kunze, Peter, Berlin 1999, S. 121–132.

Lowenstein, Steven M., Ideologie und Identität, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit Bd. 3. Umstrittene Integration 1871–1918, hrsg. v. Meyer, Michael A., München 1997, S. 278–301.

Rachfahl, Felix, Windthorst, Ludwig, in: Allgemeine Deutsche Biographie 55, Leipzig 1910, S. 97–104. [<http://www.deutsche-biographie.de/sfz10998.html>], eingesehen 17.02.2011.

Rede Bismarcks zur 8. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 28. 1. 1886, in: Die Reden des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Fürsten von Bismarck im Preußischen Landtage und im Deutschen Reichstage 1885–1886, hrsg. v. Kohl, Horst, Stuttgart 1894, S. 407–447.

Retallak, James, Anti-Semitism, Conservative Propaganda, and Regional Politics in Late Nineteenth Century Germany, in: *German Studies Review* 11 (1988), H. 3, S. 377–403.

Treitschke, Heinrich von, Unsere Aussichten, in: *Preußische Jahrbücher* 44, Berlin 1879, S. 559–576. [[http://www.gehove.de/antidem/texte/treitschke\\_1.pdf](http://www.gehove.de/antidem/texte/treitschke_1.pdf)], eingesehen 02.01.2010.

Walkenhorst, Peter, Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 176), Göttingen 2007.

Wehler, Hans-Ulrich, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1977.

Wehler, Hans-Ulrich, Krisenherde des Kaiserreiches 1871–1918, Göttingen 1979.

Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 3. Von der „Deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1848–1914, München 1995.

**Marcel Amoser** ist Student der Soziologie im 4. und der Geschichte im 7. Semester an der Universität Innsbruck. [Marcel.Amoser@student.uibk.ac.at](mailto:Marcel.Amoser@student.uibk.ac.at)

### **Zitation dieses Beitrages**

Marcel Amoser, Nationalismus und Minderheiten im Deutschen Reich 1871–1880, in: *historia.scribere* 3 (2011), S. 289–316, [<http://historia.scribere.at>], 2010–2011, eingesehen 1.3.2011 (=aktuelles Datum)

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.